

Ausbildung beim Abgeordneten

16-Jährige lernt Beruf im Bundestag

Von Joachim Heinz

Berlin, 6. 7. (AFP)

Die 16-jährige Christin Skala aus der Nähe von Potsdam ist die Erste. „Ich bin schon ein bisschen aufgeregter“, gibt sie zu. Denn am 1. September wird sie im Bundestag ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation beginnen. Allerdings nicht in der Parlamentsverwaltung, wo derzeit bereits 28 junge Menschen lernen, und auch nicht bei den Fraktionen, sondern direkt im Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Christian von Stetten. Sie ist damit die erste Auszubildende in einem Abgeordnetenbüro. Mehr als 40 Parlamentarier denken mittlerweile darüber nach, es von Stetten gleichzutun und so zusätzliche Ausbildungsplätze im Bundestag zu schaffen.

„Als ich die Stellenausschreibung im Internet sah, habe ich direkt meine Bewerbung abgeschickt“, sagt Skala. Nach einem Praktikum bei der Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam kam ihr das Angebot aus dem Bundestag wie gerufen. Grundlagen in Sachen Bürokommunikation und Buchführung soll Skala in von Stettens eigenem Unternehmen erlernen, das im baden-württembergischen Künzelsau im Bereich Eventmanagement arbeitet.

Die Brandenburgerin hatte jede Menge Konkurrenz. „Innerhalb kürzester Zeit lagen über 280 Bewerbungen auf dem Tisch“, sagt von Stetten. Angesichts

der jüngsten Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit ist dies kein Wunder: Bundesweit suchen immer noch knapp 280 000 junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Lediglich 102 300 Lehrstellen blieben Ende Juni unbesetzt.

Doch trotz der angespannten Lage konnte Diplombetriebswirt von Stetten erst aufgrund einer Sondergenehmigung den Ausbildungsplatz in seinem Büro einrichten. Selbst Abgeordnete, die wie der 33-Jährige bei einer Industrie- und Handelskammer (IHK) die erforderliche Ausbildungsprüfung abgelegt haben, konnten bisher keine Azubis im eigenen Büro aufnehmen. Umstritten waren vor allem die Fragen der Finanzierung und die so genannte Ausbildungsplatzgarantie.

Das erste Hindernis räumte der Ältestenrat des Bundestages in der vergangenen Woche aus dem Weg: Das Gehalt für die Azubis, rund 600 Euro monatlich, soll aus der Mitarbeiterpauschale der Abgeordneten finanziert werden, die jedem Parlamentarier Ausgaben in einer Gesamthöhe von bis zu 9910 Euro gestattet.

Größere Schwierigkeiten bereitete hingegen die erforderliche Garantie, den Ausbildungsplatz über drei Jahre zu gewährleisten. Denn nicht jeder Volksvertreter wird bei den nächsten Bundestagswahlen im Jahr 2006 den Wiedereinzug ins Parlament schaffen. Für diesen Fall will die IHK Berlin einspringen.